

SPD-Bundesparteitag: Auf dem Weg zu einem linken Fortschritt?

von Ulrike Hiller



↳ Ulrike Hiller ist SPD-Abgeordnete in der Bremer Bürgerschaft und Mitglied im Vorstand des Forums DLz.

Foto: privat

Der Bundesparteitag im September in Berlin hatte unterschiedliche Qualitäten: Als „Arbeitsparteitag“ kann der Berliner Parteitag der SPD nicht bezeichnet werden. Zu lange – wenn auch inhaltlich gute – Reden ließen keinen Raum für wirkliche Beteiligung. Bei der unverzichtbaren partizipativ-demokratischen Erneuerung befindet sich die Partei noch eher am Anfang. Noch immer scheint sich das eingefahrene Schwungrad hierarchischen Politikmanagements weiter zu drehen, wenn auch langsamer und holpriger.

Programmatisch bietet sich ein anderes Bild: In der Arbeitsmarktpolitik wurde mit der Orientierung am Normalarbeitsverhältnis und der Begrenzung von Leiharbeit, der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, dem Recht auf Ausbildung, der Verlängerung des Arbeitslosengeldes sowie der Forderung eines sozialen Arbeitsmarktes ein Richtungswechsel vollzogen. In der Finanz- und Steuerpolitik ist die ehemals ausgegrenzte Forderung der Finanztransaktionssteuer und ökonomischer Koordinierung in das Zentrum der Debatte gerückt. Der Beschluss, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent zu erhöhen, war angesichts der Schiefen des Steuersystems und zunehmender sozialer Spaltung bei wachsendem Reichtum notwen-

dig und überfällig. Verteilungsgerechtigkeit steht wieder hoch im Kurs, nachdem noch in rot-grünen Zeiten Diskurse der „gerechten Ungleichheiten“ forciert wurden. Wirtschaftspolitisch setzt sich die Erkenntnis durch, dass das einseitig exportorientierte, Niedriglohn und atypische Beschäftigung fördernde, neoliberale Modell keine Basis für ökonomische und soziale Stabilität darstellt.

Getrübt werden diese noch vor kurzem undenkbareren Beschlüsse allerdings von dem Zaudern in Sachen Integration. Statt einer eindeutigen Abgrenzung von rassistischen Thesen und Vorurteilen und der Betonung des Kampfes gegen Diskriminierung wurde der Antrag durch ausgrenzende Botschaften verwässert.

Bei allen Erfolgen besteht für die Parteilinke kein Anlass zur Entspannung: Zum einen können viele Forderungen in Zeiten der Opposition beschlossen werden, zum Schwur kommt es erst in Zeiten der Regierungsverantwortung. Gerade bei der Steuerfrage, zeigte sich schnell, welche Kontroversen es z.B. um die Reichensteuer gibt.

Zum anderen reicht es angesichts der ökonomischen, sozialen und ökologischen globalen Krise nicht aus, Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu korrigieren. Es bedarf der Wiederentdeckung von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen als produktive Kraft mit guten Arbeitsverhältnissen. Es bedarf des Entwurfes einer emanzipatorischen sozialen Sicherung. Nötig ist ein Steuersystem, das wieder nach unten umverteilt. Wir brauchen eine Diskussion zur Demokratisierung der Wirtschaft, von der Autonomie am Arbeitsplatz, über die Mitbestimmung bis hin zur Entscheidung über die zentralen gesellschaftlichen Investitionen. Schließlich brauchen wir einen Diskurs über nachhaltiges Wachstum und den ökologischen Umbau der industriellen Strukturen und der Produktion. Die Arbeit an einem Profil linken Fortschritts hat gerade erst begonnen. ■